

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 36/39
Telex: 688 846 ppbn d



Inhalt

42. Jahrgang / 160

25. August 1987

Dr. Hans Apel MdB verlangt klare Weichungen in der Steuerpolitik: Regierungspolitik ist Investitionshemmnis Nr. 1.

Seite 1

Herbert Schnoor MdL warnt vor neonazistischen Aktivitäten im Anschluß an den Tod des Hitler-Stellvertreters: Haß war zurecht verurteilt.

Seite 3

Heinz Westphal MdB erinnert an den 1. Sozialistischen Jugendtag nach dem Kriege: Sie sind ihren Idealen treu geblieben.

Seite 5

Dokumentation
Der Gelsenkirchener SPD-Unterbezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Joachim Poß nimmt Stellung zum Brief des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der FAG-Gesamtbetriebsräte, Klaus Hüls, an Johannes Rau.
Wortlaut

Seite 6

Regierungspolitik ist Investitionshemmnis Nr. 1

Finanzierung des Steuerpakets muß jetzt offengelegt werden

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises „Öffentliche Finanzwirtschaft“

1. Die Unklarheiten über den künftigen Kurs der Finanzpolitik, über die Einzelheiten der angekündigten Steuererhöhungen von 19 Milliarden DM und über den weiteren Anstieg der Staatsverschuldung führen zunehmend zu einer Verunsicherung von Wirtschaft und Verbrauchern. Damit wird die Finanzpolitik der Bundesregierung immer mehr zu einer Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Bereits im April dieses Jahres haben die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Ihrem Frühjahrsgutachten diese Finanzpolitik kritisiert:

„Mit dem Abtrennen der Finanzierungsfrage von der Regelung des Umfangs und der Struktur der Steuerentlastung wurde der Grundsatz verletzt, daß Zusammengehöriges auch zusammen behandelt und entschieden werden sollte. Den Unternehmen und Haushalten fehlt damit Klarheit über das, was sie, unter dem Strich von der Steuerreform zu erwarten haben. Soll hieraus keine länger anhaltende Unsicherheit und damit Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden, so muß über die Finanzierung der Steuerentlastung rasch entschieden werden.“

Trotz dieser Mahnung der Wirtschaftsforschungsinstitute ist auch heute noch die Finanzierung des Steuerpakets 1990 völlig ungeklärt. Aus kurzfristigen partaktischen Interessen will die Bundesregierung ihre Entscheidungen über die kompensatorischen Steuererhöhungen erst nach den bevor-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verbleibende Mengen
ausverkaufter Rohstoffe
Recycling-Papier



stehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen der Öffentlichkeit bekanntgeben. Das ist nicht nur politisch unerträglich sondern auch gesamtwirtschaftlich unverantwortlich.

Mit dieser Finanzpolitik der Verwirrung und Verunsicherung schafft die Bundesregierung für die Wirtschaft keine positiven, sondern negative Rahmenbedingungen. Attentismus bei Investoren und Kaufzurückhaltung bei Verbrauchern sind die Folge. Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist gegenwärtig das Investitionshemmnis Nr. 1.

2. Gerade bei der gegenwärtig äußerst labilen Konjunktur kommt es darauf an, den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern, Wirtschaft, Verbrauchern und Gebietskörperschaften, eine verlässliche Orientierung zu geben. Langfristig angelegte Investitionen bei Unternehmen, Ländern und Gemeinden brauchen klare Rahmenbedingungen. Stetigkeit, Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit der Finanzpolitik sind heute wichtiger denn je.
3. Statt dessen verliert die Finanzpolitik der Bundesregierung zusehends an Glaubwürdigkeit.

Übereinstimmend zeigen alle Umfragen, daß die Steuerpolitik der Bundesregierung mehrheitlich auf Ablehnung stößt:

Ebenso wie Infratest hat jetzt auch Allensbach festgestellt, daß nur 35 Prozent der Bürger für diese Steuerpolitik sind. Das Bielefelder Meinungsforschungsinstitut Emnid hatte bereits Anfang Juli im Auftrag der „WIRTSCHAFTSWOCHE“ (Nr. 30/1987) ermittelt: „Selbst diejenigen, die die Reform eigentlich besonders beglücken soll, lehnen sie weitgehend ab. Weder glauben die meisten Bürger, daß sie von der Steuerentlastung etwas haben werden, noch akzeptieren sie irgendeine der gegenwärtig diskutierten Möglichkeiten, das Reformvorhaben zu finanzieren - vor allem keine Steuererhöhungen.“

4. Um verlässliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Verbraucher zu schaffen und den bestehenden Investitionsstau abzubauen, muß die Finanzpolitik die verlorengegangene Glaubwürdigkeit unverzüglich wiederherstellen. Notwendig ist, daß die Finanzierungspläne zum Steuerpaket 1990 noch vor dem 13. September 1987 offengelegt werden. Wirtschaft und Verbraucher, Länder und Gemeinden, müssen endlich die volle Wahrheit über die Steuerpolitik dieser Bundesregierung erfahren.

(-/25.8.1987/st/ks)

* * *



Heß war zurecht verurteilt

Aufgaben für die politische Bildungsarbeit

Von Herbert Schnoor MdL
Nordrhein-westfälischer Innenminister

Die Reaktionen auf den Tod des Hitler-Stellvertreters Heß geben Anlaß, vor neuem Nazismus und schiefer deutscher Gemütslage in der Bundesrepublik zu warnen. Gespenstische deutsche Szenen sind nach dem Freitod des „Führer“-Stellvertreters und SS-Mannes Rudolf Heß das Echo auf das widerliche Öffentlichkeitspektakel mit garadezu exhibitionistischen Zügen. Ich erinnere an Brandanschläge, Bombendrohungen, Sachbeschädigungen und Farbschmierereien in zahlreichen deutschen Städten. So waren beispielsweise am Samstag in Witten über 100 FAP-Sympathisanten mit dem Nazi-Horst-Wessel-Lied auf den Lippen und skandierten Rufen wie „Rache für Rudolf Heß“ und „Blut muß fließen“ in Dreierreihen durch die Stadt marschiert. Auch deswegen erinnere ich Bundesinnenminister Zimmermann noch einmal an meine Aufforderung, die FAP endlich zu verbieten.

Zweifellos hat auch die dilettantische Informationspolitik der Alliierten in Berlin mit zu unwürdigem Trubel und Legendenbildung beigetragen. Gerade als Innenminister muß ich warnen, daß Neonazismus nicht nur in organisierter Form gefährlich ist, sondern auch, wenn ihm manipulativ gefühlsmäßige Einlaßschleusen bei politisch verführbaren Gemütern geöffnet werden. Dann wirkt selbst schon eine verquaste Mischung aus rechtsradikalem Bodensatz und mißbrauchtem Mitleid mit einem alten, kranken Selbstmörder in Einzelhaft wie einträufeltes Gift. Auch Mahnwachen und Kranzniederlegung unter dem Mantel wohlwollender Bürgerlichkeit sind nichts anderes als getarnte Huldigungen für einen führenden Nationalsozialisten.

Gerade deshalb muß die historische Wahrheit ganz nüchtern, klar und ehrlich gesehen und dargestellt werden: Rudolf Heß war ein zurecht verurteilter Kriegsverbrecher, der auf der Kommando-
brücke des NS-Staates die faschistische Maschinerie mitgelenkt hat. Er hat die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte mitgeschrieben: Unterdrückung, Staatsterrorismus, staatlicher Mord, Folter, Holocaust, Krieg und Vertreibung, mit einem Wort: 55 Millionen Tote. Jeder junge Mensch muß wissen, daß Heß nicht das unschuldige Opfer irgendwelcher mystifizierter Wirren war, sondern aktiver Mitgestalter der NS-Diktatur.



Eine ganz andere und nun durch den Freitod von Heß beendete Frage ist, daß es politisch klüger und humaner gewesen wäre, diesen 83jährigen alten, kranken Mann vorzeitig zu entlassen, obwohl er ein Verbrecher war, denn auch der Verbrecher hat in einem Rechtsstaat seine Menschenwürde. Dieses subjektive Mitleid mit einem toten alten Mann darf nicht dazu führen, 42 Jahre nach dem schrecklichen Kriege wieder neonazistischen Schalmeianklängen der ewig Gestrigen hinterher zu laufen. Die demokratischen Parteien und die Schulen sind aufgefordert ihre politische Bildungsarbeit wirksamer zu gestalten.

Tief betroffen bin ich über die undurchsichtige Rolle des Heß-Rechtsanwalts Alfred Seidl, der doch schließlich einmal bayerischer Innenminister in einer demokratischen Nachkriegsregierung gewesen ist. Indem Seidl die Ermordung Heß' ausdrücklich nicht ausschließt, geht er weit über seine Verteidigerpflichten und -rechts hinaus, ja, webt mit an einer Mord- und Dolchstoßlegende zu Lasten des demokratischen Rechtsstaates und unserer westlichen Verbündeten. Dies ist für mich nicht besser, sondern eher schlimmer als die anti-rechtsstaatlichen Mordbehauptungen aus der linksextremen RAF-Szene nach den Selbstmorden von Andreas Baader, Gudrun Enslin und anderen Terroristen. Und wie hat sich auch damals der Rechtsstaat gegen derartige Dolchstoßlegenden im In- und Ausland wehren müssen! Will Seidl bewußt und gewollt einen Märtyrer schaffen. Kann und soll Heß nach einer Mitleidskampagne Symbol- und Kristallisationsfigur des deutschen Neonazismus werden? Das frage ich auch die CSU, die ihr prominentes Mitglied Seidl auf den Pfad der anwaltlichen Tugend zurückbringen muß.

Nur noch peinlich ist es, wie der Heß-Sohn den Freitod seines Vaters geschäftsmäßig vermarktet. Gebietet es denn nicht die Menschenwürde auch eines toten Kriegsverbrechers, den Toten ruhen zu lassen?

Das Leid der Opfer, das auch der führende Nationalsozialist Rudolf Heß mit verursacht hat, gebietet es nun, mit der Beerdigung das Thema Rudolf Heß vernünftig zu beenden. Vielleicht ist hier nach den früheren Mißgriffen doch ein Wort des Bundeskanzlers angebracht, und - wenn dieser das wieder nicht erkennt oder will - des Bundespräsidenten?

(-/25.8.1987/st/ks)



Sie sind ihren Idealen treu geblieben

29. August 1947 - 1. Sozialistischer Jugendtag nach dem Kriege

Von Heinz Westphal MdB

Nur zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Gewaltherrschaft der Nazis und noch bevor es einen staatlichen Neubeginn in Deutschland gab, trafen sich in Stuttgart Ende August 1947 etwa 7.000 junge Sozialisten aus allen drei westlichen Zonen und aus Berlin zu dem ersten Sozialistischen Jugendtag der Nachkriegszeit. Sie nahmen damit die Tradition der großen Jugendtage der Arbeiterjugendbewegung aus der Weimarer Zeit wieder auf, die in Bielefeld, Nürnberg und Frankfurt sowohl politische als auch kulturelle Manifestationen des Willens waren, der Jugend unseres Landes den Weg in eine friedliche und freiheitliche Zukunft zu zeigen, die von demokratischen Sozialisten gestaltet wird.

Es ist nun 40 Jahre her, daß die Mädels und Jungen der neu entstandenen Falken-Gruppen aus Nord und Süd und aus ganz Berlin sich im weiten Rund des Stuttgarter Neckar-Stadions zusammenfanden, um ihren Forderungen Ausdruck zu geben durch die Ansprache ihres nach Verfolgung aus der Emigration zurückgekehrten, in Hamburg gewählten Vorsitzenden Erich Lindstaedt und um dem großen Vorbild, dem ungebrochen vor ihnen stehenden und sie mit mahnenden Worten aufrüttelnden Paul Löbe zuzujubeln.

Die Distanz von 40 Jahren besagt, daß die damals teilnehmenden Jugendlichen heute zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt sind. Haben sie erfüllen können, was sie sich damals vorgenommen hatten? Die Antwort wird Ja und Nein umfassen, denn die Lebensleistung dieser Generation ist der Aufbau unseres Landes aus den Trümmern hin zu einem breiter als je gestreuten Wohlstand mit mühsam durchgesetzten Strampfeilern sozialer Sicherung und Rechten der Mitsprache in Betrieb, Schule und Gesellschaft. Aber sie haben Mehrheiten nicht erreicht, die Restauration und westdeutsche Wiederaufrüstung hätten verhindern können; ihr Wunsch nach friedlicher Wiedervereinigung unseres Landes ging nicht in Erfüllung.

Sozialdemokratische Wahlsiege änderten nicht dauerhaft genug unsere Gesellschaft. Die Aufgaben, Demokratie zu festigen, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und Grenzen unwichtig werden zu lassen, sind geblieben. Was man aber mit ein wenig Stolz sagen darf, das ist: Sie sind ihren Idealen treu geblieben und stehen Ihre Frau und Ihren Mann bei der nüchternen politischen Tagesarbeit der demokratischen Sozialisten. Wohin man in diesem Lande kommt, man trifft auf Freunde von damals, die heute als Betriebsratsvorsitzende, als Parteisekretäre, als Bürgermeister, als qualifizierte Facharbeiter, als Ortsvereinsvorsitzende, als gewählte Repräsentanten ihrer Gemeinde und so weiter für die Ziele engagiert sind, für die sie als junge Leute 1947 in Stuttgart demonstrierten.

(-/25.8.1987/st/ks)

* * *



D O K U M E N T A T I O N

Stimmungsmache gegen SPD-Politiker

Stellungnahme des Geisenkirchener SPD-Unterbezirkvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Joachim Poß zum Brief des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der RAG-Gesamtbetriebsräte, Klaus Hüls, an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, zum Thema SPD und Atomkraft. Die Stellungnahme im Wortlaut:

Der Brief des Kollegen Hüls ist ein klassisches Beispiel für einen überflüssigen, aber offensichtlich gewollten Konflikt und eine Stimmungsmache gegen SPD-Politiker, die die fast einmütig beschlossene Linie der SPD vertreten.

Geradezu grotesk wird es, sich bei Johannes Rau über eine Position zu beschweren, die von ihm selbst in den letzten Wochen wiederholt bekräftigt wurde.

Leider muß man bei dem manipulativen Versuch, aus den Zitaten der Frankfurter Rundschau (FR) mangelnde Unterstützung für die Kohle und die Bergleute herauszulesen, Absicht vermuten. Falls irgendwelche Zweifel hinsichtlich meiner Auffassung bestanden haben sollten, hätte der Kollege Hüls dies mit einem Anruf klären können. Ich habe ja auch wiederholt gegenüber der Geisenkirchener Öffentlichkeit deutlich Stellung genommen.

In dem FR-Artikel wird zu Recht wiedergegeben, daß über die Verwendung der Kernenergie ab 1995 ein Dissens besteht. Nach den SPD-Beschlüssen soll für diesen Zeitraum mit allen Möglichkeiten der Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie betrieben werden. Die SPD und ich persönlich betrachten ein solches Vorgehen als die beste Hilfe für die Kohle und die Bergleute. Im übrigen ist im FR-Artikel unmißverständlich meine Position skizziert: „Er (Poß) sehe ein gemeinsames Ziel: Alles für die Kohle.“

Also, für mich gilt, trotz eines möglichen Dissens' ab 1995 Unterstützung des IGBE-Konzeptes! Dafür habe ich mich in den letzten Wochen bekanntermaßen in meiner Stadt Geisenkirchen nachdrücklich eingesetzt. Und deshalb lasse ich mich auch nicht öffentlich ins Zwiellicht bringen. Dem Kollegen Hüls sei freundschaftlich empfohlen, sich doch mit den wahren Gegnern der Kohle und nicht mit den politischen Verbündeten auseinanderzusetzen.

(-/25.8.1987/vo-ha/st)

